

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg. Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 P., monatlich 22 P., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern

Leipzig, den 17. Mai 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 P., die fünfgepaltenen Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 P. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt. Nr. 54

### Das Sanal des Imperialismus

Am 8. Mai ging uns von einem Leipziger Kollegen ein malenliebliches Friedensgedicht zu. Gleichzeitig starteten an jenem Morgen dem in den Zeitungen nach den ersten laßlichen „Friedenszeichen“ bangend suchenden Blick aus dem „Geschichte der Zukunft“ die gegen Deutschland gerichteten Keulenschläge der Vernichtung entgegen. „Frühlingserwachen“ des von dem neuen Deutschland nach so hohen Verheißungen aufrecht begrüßten Völkerbundes! Zimler Leipziger aber lang, nichts ahnend noch von dem mit ausgehüllter Bosheit erlittenen „Friedens“-Entwürfe: „Mach' die Erde wieder sonnig, und das Leben lieb und wohnig! Nach dem Morden und dem Rauben, schenke du uns neuen Glauben!“ Er meinte es gut und hätte recht gehabt, wenn der Geist des Friedens sich überall so bekunden würde als in dem Deutschland, das von dem nationalitätlichen alldeutschen Tollwahn nicht erlaßt war. Aber diese Voraussetzung, so schwach sie auch gewesen ist nach all den vorausgehenden Verlautbarungen aus Paris, hat sich als vollständig verfehlt erwiesen. Der Wilsonismus ist total unter die Räder gekommen, der in Mitteleuropa zur Macht gekommenen Sozialismus hat absolut keinen Einbruch gemacht bei den Gewalthabern in den westlichen Ländern, der Bolschewismus ist ihnen nicht zum abichredenden Grempel geworden, der Imperialismus in naderer Brutalität aber hat sich selbst und siegesbewußt in den Sattel geschwungen. Das ist das Zeichen, in dem wir unterliegen und vollends verbluten sollen! Der Weltkrieg, so grauenvoll er schon gewaltet hat, soll noch ein schauerliches Sanal erhalten, und mit dem darin liegenden Diktum „Finis Germaniae“ muß er jede Menschenverföbnung verpöhlen.

Was das alte Deutschland in seiner Sünden Blüte angerichtet hat, ist ungebauer schwer. Welche Drachenlaas mit dem unglücklichen Frieden von Brest-Litowsk, der von der Mehrheitssozialdemokratie weit härtere Bekämpfung verdient hätte, ausgefreut worden ist, zeigt sich jetzt, und wie schlecht wir verstanden haben, einen guten Frieden zu machen, hat sich auch Rumänien gegenüber erwiesen, das nach der Meinung unfrer Imperialisten noch zu günstig weggegangen sein sollte. Aber diese bösen Beispiele wie auch die große Schuld des offiziellen Deutschland an dem Kriege selbst, mit der jedoch die Alldeutsche Schuld des Besiegten nicht anzuerkennen ist, bilden indes für die Sieger keine Rechtfertigung, es noch weit schlimmer zu treiben! Brest-Litowsk und Bukarest sind ja noch dilettantenhafte Gewalttaten gegen das, was unter angeblicher Zugrundelegung der vierzehn Punkte Wilsons und mit dem zu wahren Menschenentum führen sollenden Völkervertrag gleichfalls Wilsonscher Erzeugung steht als „gerechter Frieden“, ohne Entschuldigungen und Amnestionen“ und mit Hilfe des neu zu schaffenden „Selbstbestimmungsrechts“ der Völker eine Grobheit in der Weltgeschichte werden sollte. Der Friede von Siffi wie der den Dreißigjährigen Krieg abschließende verblieben in ihren Härten und Ungerechtigkeiten ebenfalls gegen den zweiten Versailles Frieden, der den von 1871 vollends verlichwinden macht.

Wenn man die Reden Wilsons aus den Jahren 1917 und 1918 sich vergegenwärtigt und in besondern daran denkt, daß er auch erklärt hat: „Wir sind bereit, bei der Schlußabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und mit Deutschland ebenso ehrlich zu verfahren wie mit den andern Mächten“, dann verlagst das. Denkwürdiges über das, was in seinem Namen mit nunmehr als Friedensbesicherung dem deutschen Volke vorgelegt worden ist. Man muß jedoch berücksichtigen, daß Wilson als Friedensapostel und Wilson als amerikanischer, von den großmächtigen Imperialisten über dem Atlantischen Ozean abhängiger Präsident zweierlei ist. Er hat vor diesen wie vor dem „Tiger“ Clemenceau und dem geschäftsgewandten blond George kapitulieren müssen. Wäre dem nicht so, müßte er der kompromittierteste Mann der Welt genannt werden. Daß neben den neutralen Ländern sich auch Stalien offen gegen die Deutschland zugedachten wahninnigen

Bedingungen wendet, ist gewiß ein Zeichen, auf das man noch etwas Hoffnung setzen kann. Dänemark legt sogar Verwahrung ein, solche Abtretungsansprüche geltend gemacht zu haben. Die unerhörte harten Waffenstillstandsbedingungen mußten allerdings die Erwartungen dämpfen, aber es ist doch schon heraus, daß es mit dem Diktieren wie mit dem Annahme der Bedingungen noch ein besonderes Bewenden hat. Die Alliierten bringen vielmehr die Methode des Frankfurter Kleiderjuden in Anwendung, der bekanntlich unverkämmt vorläßt bei der Preisforderung. Wissen wird bei dem kommenden, für Völkerschicksale so unwürdigen großen Handeln wohl etwas noch sein Ansehen zu retten vermögen.

Sätten die deutschen Kriegsbeher und Friedensverderber in Stolz und Uniform ihre Suppe allein auszufüllen, könnte man den Friedensmachern der Entente ihr Konzept ja lassen, und es wäre nichts einzuwenden, wenn untre „Selden“ zur Wiedergutmachung persönlich Jahreslang in Frankreich und Belgien fronden müßten und noch draßlichere Bestrafung erleiden könnten, aber die Dinge liegen gerade für die Arbeiterklasse äußerst schlimm, denn sie wird der Hauptleidtragende sein.

Die Weltrevolution als Geißel der Stunde zu verkünden, wie es von August Winnig in der „Glocke“ geschehen ist, kann nur als leerer Augentrott auf dem Papier bezeichnet werden. Die Stimmung in Frankreich und England über die sogenannten Friedensbedingungen ist auch unter den Arbeitern dem Winniglichen Gedanken nur sehr beschränkt günstig. In Deutschland geht das Urteil über die vernichtenden Formeln von Versailles ziemlich eintrübe, die Nationalversammlung hat nach einer Glanzrede von Scheidemann das vor allem imponierend behandelt. Aber den einzulagenden Weg aber trennt sich die unabhängige Sozialdemokratie von der allgemeinen Auffassung, indem sie in einer Weise für die Unterzeichnung eintritt, die in Frankreich bereits die Hoffnung auf die zugemauerte Unterwerfung Deutschlands schwellen macht.

Nach der Enttäuschung, die Eisner vor Monaten durch Abtreibung mit dem „Mea culpa, mea maxima culpa“ bei den Alliierten erfahren hat, und bei den für eine Weltrevolution noch recht fragwürdig stehenden Allien sollte doch nach einem andern Rezept gesucht werden, freilich nicht in Form einer nationalen Erhebung, von der eiltliche alldeutsche Kreise fabulieren. Die Reichsregierung hat in richtiger Ermüdung ein entscheidendes Wort noch nicht gesprochen. Eduard Bernstein hat jetzt im „Vorwärts“ mit der neuen Formel des „qualifizierten Nein“, also der bedingten Ablehnung, wohl einen gangbaren Weg gefunden.

Was ist den kapitalistischen Regierungen der wider uns stehenden Länder Stockholm, was Bern und was soeben noch Amsterdam gewesen, wo die Führer des Sozialismus trotz aller Prinzipientellerer einmütig sich gegen einen Gewaltfrieden gewendet haben? Der Weltimperialismus pfeift auf die Internationale! Das ist die betrübende Resultante von diesen vielen Bemühungen.

Die Gewerkschaften wie unter Verband erleiden durch die Zerstückelung Deutschlands ohne Anwendung des Grundgesetzes von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bzw. Volksstämme auch eine schmerzliche Einbuße. Den Gau Elbab-Loßringen würden wir ganz, Polen und Westpreußen nahezu vollständig und von Schlesien, Ostpreußen, Mittelrhein, Rheinland-Westfalen sowie von Schleswig-Holstein mehr oder weniger große Teile verlieren. In Elbab-Loßringen hat sich der eingesehene Teil der Kollegenchaft meistens recht unglücklich schon von dem andern losgelagelt, in allen übrigen Provinzen aber werden die Buchdrucker und die übrigen Arbeiter gern bei Deutschland verbleiben wollen, wo sie jetzt nicht nur politische Freiheit, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen haben.

Mächten aus allen Erwägungen und Notwendigkeiten heraus die deutschen Gegenvorschläge als brauchbares Friedensinstrument auch von denen anerkannt werden, die über ihre imperialistische Herrlichkeit sich jetzt noch Illusionen hingeben, denn einmal wird auch ihr die Stunde schlagen, wie es dem preußischen Militarismus ergangen ist

### Ernährungswirtschaft

#### Die Beschaffenheit des Brotes

Das wichtigste und von jeder unentbehrliche Volksnahrungsmittel, das Brot, ist gegenwärtig von einer Beschaffenheit, die jeder Beschreibung spottet. Schon der Geruch wider einen an; von Nährkraft und Verdaulichkeit ist nicht zu reden. In Sachen werden dem Brotmehl, das an sich schon sehr minderwertig ist, da es mit 94 Proz. ausgemahlen wird, seit dem 1. April d. S. noch 5 Proz. Runkelrübenmehl beigegeben. Es wäre wahrlich besser, obwohl speziell für die ärmere Bevölkerung auch die geringste Quantität von besonderer Bedeutung ist, wenn man statt dieses Runkelrübenbrotes, das sich wohl zum Viehfutter, nicht aber für die menschliche Nahrung eignet, unter Kürzung der Ration um 100 g pro Woche ein nahrhaftes und schmackhaftes Brot herstellen würde. Ein solches kann zweifellos hergestellt werden, wenn man mehr Weizenmehl verwenden würde. Aber vom Weizenmehl ist herzlich wenig zu sehen; es wird notwendiger im Schleichhandel gebraucht.

#### Bekämpfung des Schleichhandels

In Anbetracht der fortgesetzten Verschlechterung unfrer Ernährungslage, die sich ganz besonders durch den Fettmangel bemerkbar macht und die auch nicht durch die bisher geliefertene winzige Menge Zusatzspeck oder Fleisch behoben wurde, hat sich der Schleichhandel in einer Weise entwickelt, die eine Gefahr für die Volksernährung bedeutet und die zu Revolven der hungernden Bevölkerung führen muß und auch bereits geführt hat.

Was ist nicht alles schon geschehen, um die landwirtschaftlichen Erzeugnisse vollständig erfassen zu können und um eine wirksame Bekämpfung des Schleichhandels zu ermöglichen? Die bestehenden Vorschriften werden seitens der Behörden viel zu lax gehandhabt; die Konsumenten müssen unbedingt zur Ausübung der notwendigen Kontrollmaßnahmen mit herangezogen werden. Der Reichsernährungsmittler hat denn auch kürzlich die Regierungen der deutschen Freistaaten um Maßnahmen in diesem Sinn erucht. Danach sollen nach Aufweisung der Landeszentralbehörden von den Städten und größeren Industriebezirken Kontrollkommissionen in die Lieferungsplichtigen Kreise und Gemeinden entsandt werden, um die dort vorhandenen Vorräte und die Erfüllung der Lieferungsplücht durch Stichproben festzustellen. Die öffentlichen Vertretungen der werktätigen Bevölkerung: Gewerkschaften, Konsumentenvereine, Arbeiter- und Bauernräte usw., sind schon bei den näheren Anordnungen hierüber hinzuzuziehen, Mitglieder dieser Vertretungen auf alle Fälle in die Kontrollkommissionen zu berufen. Die Kommissionsmitglieder werden als Hilfsorgane der Polizeiverwaltung bestellt.

Auch zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Schleichhandels sollen geeignete Personen aus den Vertretungen des arbeitenden Volkes als Hilfspersonal die Polizeibehörden verstärken, um Schleichhandelsgeschäfte zu ermitteln und zu verfolgen.

Die Einschränkung der nichtgewerbsmäßigen Schleichverfögnung wird ebenfalls im Auge behalten werden; die Art des Vorgehens soll sich jedoch nach den örtlichen Verhältnissen richten. Vielerorts ist eine polizeiliche Zweiseitigkeitsbeschränkung eingeführt worden, die ohne Zweifel bereits eine Eindämmung der Sammlerfahrten in diesen Gegenden zur Folge hat; eine Verallgemeinerung dieser Maßnahme dürfte angebracht erscheinen.

Die hier aufgestellten Richtlinien bedeuten eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Wege, die sich nicht als ausreichend erwiesen haben. Wenn man auch mit einem völligen Verschwinden des gewerbsmäßigen Schleichhandels und der nichtgewerbsmäßigen Schleichverfögnung vorderhand nicht zu rechnen ist — man denke nur, was sich seit der bedingten Freigabe des Handels mit Eiern in kurzem schon gezeigt hat —, so darf man doch auf eine nennenswerte Besserung der Verhältnisse hoffen, wenn die Kontrollbefugnisse durch geeignete Vertreter nach den aufgestellten Grundrissen ausgebaut werden; vorausgesetzt, daß der Friedensvertragsentwurf der Alliierten in seiner jetzigen Fassung nicht verwirklicht wird. Zur Durchführung der beabsichtigten Neuerung nach Kräften beizutragen, wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, die die Arbeiterklasse in nächster Zeit zu erfüllen hat.

## □ □ □ □ Wohnungsfragen □ □ □ □

Die Wohnungsknappheit ist zur Katastrophe geworden. Für einen gewöhnlichen Sterblichen ist es zur Zeit schierlich unmöglich, eine Wohnung zu einem auch nur einigermaßen annehmbaren Preise zu erlangen; es sei denn, daß er eine erhebliche Summe für eine Vermittlung auswirft. Außerordentlich hohe Provisionen werden von den Mietern selbst angeboten; der Wucher, die Samstags- und der Wohnungsmietelhandel stehen in üppigster Blüte. In den Tageszeitungen kann man in dieser Hinsicht haarsträubende Studien machen. Das Gebot einer Summe von 200, ja bis zu 500 Mk. für Vermittlung einer Wohnung ist keine Seltenheit. Auch Dellestesen, Schweinefleisch und sonstige Karikaturen werden für die Verfertigung von Wohnungen verprochen. In einem Inserat der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hat ein Wohnungsuchender für ein vier- bis fünfzimmeriges Logis 50 Mk. in bar, zwei Pfund Schokolade und eine Glasche Likör. Aber nicht nur Vermittler treiben ihr Spiel; auch die Hauswirte selbst verlangen außer horrenden Mietpreisen zum Teil angemessene Entschädigungen für die Vermietung ihrer eignen Wohnungen. Als Wohnungswucher muß man es unbedingt bezeichnen, wenn z. B. in Berlin-Schöneberg eine bisher mit 1450 Mk. bewertete verhältnismäßig kleine Wohnung für 2500 Mk. vermietet wird, und wenn einem Mieter, dem seine mit 1350 Mk. bezahlte Wohnung, die aus fünf nicht gerade geräumigen Zimmern besteht, zum 1. Oktober d. J. gekündigt wurde, 250 Mk. geboten werden, wenn er, unbeschadet der Kündigung, diese Wohnung bereits zum 1. April räumt. Man muß daraus schlußfolgern, daß der Vermieter durch die zeitliche anderweitige Vermietung dieser Wohnung mindestens das Doppelte dieser Summe wieder hereinbringt. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß Wohnungswucher Itarbar ist und mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafen bis zu 15000 Mk. sowie mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft wird. Auch Zuchthausstrafe sind in der Tagespresse keine Seltenheit mehr. Für die Vermittlung einer Wohnung werden natürlich ebenfalls größere oder kleinere Summen geboten. Unter solchen Umständen braucht man sich allerdings nicht zu wundern, wenn freiverwendende Wohnungen überhaupt nicht mehr bekannt werden; einem Brautpaar z. B. ist es unmöglich, eine Wohnung zu bekommen, weil es noch keine beisehen hat und daher auch nicht zu tauschen in der Lage ist. Beim städtischen Wohnungsnachweis in Köln ist eine Wohnungsaufsicht eingerichtet worden. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß vielfach Mietern infolge Familienvergrößerung ihre bisherige Wohnung zu klein geworden, andre hingegen aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen werden, ihre Wohnung einzuschränken usw. Die Einrichtung an sich ist zu begrüßen, bedarf jedoch eines wirklichen Ausbaues. Es muß mit allen Mitteln darauf hingewirkt werden, daß für die Vermittlung von Wohnungen ausschließlich die Behörden in Betracht kommen, damit diese die Kontrolle aller zur Verfügung stehenden Räume erlangen und eine rationelle Verteilung der Wohnungen vornehmen können. In Leipzig ist unter dem 12. Mai bereits eine diesbezügliche Verordnung erlassen worden, in welcher es unterlagert wird, ohne vorherige Zustimmung des Rates gekündigte oder freistehende Wohnungen zu vermieten oder überhaupt einen neuen Mieter in eine Wohnung aufzunehmen.

Auch die Samstags- und der Wohnungsmietelhandel ist ein Mann überlagert Wohnungen gemietet, die er selbst möbliert, teils unmöbliert zu hohen Preisen weitervermietet. Eine Transportfirma in Neukölln richtete an Hauseigentümer ein Schreiben mit einer Anfrage nach freiverwendenden Wohnungen, die sich für hinderlose Familien eignen und welche diese Firma zu übernehmen sich bereit erklärt.

In verschiedenen Städten hat man nun versucht, das Schlimmste zu verhindern, und ist zu mehr oder weniger scharfen Zwangsmaßnahmen übergegangen. So wird aus Berlin, Magdeburg, Stuttgart und andern Orten von einer Warnung vor Zuzug berichtet. In der ersten Stadt müssen viele Familien mit möblierten Zimmern vorlieb nehmen, so daß auch hierin bereits ein empfindlicher Mangel eingetreten ist. In Stuttgart hat das württembergische Ministerium des Innern den Abschluß von Mietverträgen über Wohnungen und einzelne Wohnräume mit nach Stuttgart neu zuziehenden Personen von der vorherigen Zustimmung des städtischen Wohnungsamts abhängig gemacht. Diese Zustimmung wird bis auf weiteres in allen Fällen verweigert. Der Aufenthalt in Gasthöfen, Pensionen usw. ist auf die Dauer von 14 Tagen beschränkt. Auch Käufer von Wohngebäuden in Stuttgart ist der Bezug von Wohnungen in den von ihnen erworbenen Häusern bis auf weiteres nicht gestattet. Wer trotz des erlassenen Verbots nach Stuttgart zuzieht, hat außer Bestrafung zwangsweise Entfernung aus den von ihm bezogenen Wohnräumen zu gewärtigen.

Von den in Wohnungsverbände Groß-Berlin beteiligten Gemeinden sind in den letzten Monaten über 3000 Notwohnungen bezugsfertig hergestellt worden, weitere 3000 werden in allerhöchster Zeit fertiggestellt. Die für diese Notwohnungen bereitgestellten Mittel in Höhe von 12 Millionen Mark müssen erheblich überschritten werden.

Eine Teilung der großen Wohnungen ist in verschiedenen Städten vorgenommen worden. Der Magistrat von Breslau ordnete die zwangsweise Beschlagnahme von verfügbaren Räumen zur Errichtung von Kleinwohnungen an. Erzwungene Teilung der Verhältnisse in Leipzig aus. Ende Februar d. J. hatten 500 Familien, die am 1. April vor dem Untergang standen, noch keine Wohnung; darunter befanden sich sehr viele mit zahlreichen Kindern. Vom Rat

der Stadt wurde nun anerkannt, was weiterem Erfolg ausgegriffen, die leerstehenden Wohnungen in Mietsbüchern sowie — nach Überwindung einiger Schwierigkeiten — auch die freien Räume der Witten wurde sofort beschlaggenommen. Hier mußten naturgemäß umgebend bauliche Veränderungen vorgenommen werden, was leider wieder durch den Ausbruch des unglückseligen Generalstreiks in die Länge gezogen wurde. Im jedoch der Situation Herr zu werden, wurden schließlich Schulen und andere öffentliche Gebäude zur Unterbringung der Obdachlosen benutzt.

Ist es nun gelungen, die größte Not wenigstens etwas einzudämmen, so bleibt doch zweifellos noch unendlich viel zu tun übrig; vor allen Dingen gilt es, vorrevolutionäre Einrichtungen zu beseitigen. So mancher höhere Beamte hat eine Dienstwohnung inne, in denen drei oder vier hinderreiche Familien bequem Unterkunft finden könnten. Auch in dieser Hinsicht muß im neuen Deutschland eine durchgreifende Änderung, muß ein gerechter Ausgleich unbedingt stattfinden. Der Kleinwohnungsbaue wird nach Möglichkeit gefördert; hauptsächlich sind es Gemeinden und mit diesen arbeitende gemeinnützige Bauvereinigungen, die sich mit Kleinwohnungsprojekten beschäftigen. Welsch ist es jedoch an den notwendigsten Baumaterialien sowie an den erforderlichen Transportmitteln, vor allem aber an Kohlen, um den Zementfabriken die Weiterarbeit zu ermöglichen. Ohne Kohle kein Zement, kein Kalk und keine Steine, ohne Kohle kann die Bauwirtschaft nicht fortgesetzt bzw. nicht begonnen werden. Die Ziegelsteine sollen zwar vom Kriegesamte für Ziegelbewirtschaftung auf alle Bedarfstellen gleichmäßig verteilt werden; das hat aber wieder den Nachteil, daß die Fortführung aller Bauten in Frage gestellt wird, weil nicht der ganze Bedarf gedeckt ist, und weil die Bauausführenden nicht mit der Eventualität rechnen wollen, mitten in der Arbeit stehen zu bleiben. Es ist dringend notwendig, eine bessere Organisation zu schaffen, damit nicht alles auf die lange Bank geschoben und die Bauten unnötig verjögert werden.

Mit einem Siedlungsprojekt größten Stils ist man in Bayern an die Öffentlichkeit getreten. Die Staatsregierung nämlich hat 100 Mill. Mk. zur Verfügung gestellt, um ein Siedlungswerk in der Nähe Nürnbergs auf gutem und ertragfähigem Boden errichten zu lassen. Außer einem Platz am Weichbilde Nürnbergs und neben den Grotzreplätzen, welche bebaut werden sollen, wurden 30 Bauerngüter freigekauft; ferner sind drei große Jagdschlösser und ein in der Nähe der Stadt gelegenes Schloß mit Beschlag belegt worden, ebenso alle Hofställe im Bereiche des dritten bayerischen Armeekorps. Auch eine Ziegelwerk überzunehmen, um die notwendigen Ziegelwerke wieder herstellen zu können. Tausende von Erwerbslosen erhalten durch die Verwirklichung dieses Projekts Beschäftigung, und Tausende wird eine gesunde Wohngelegenheit und gleichzeitige landwirtschaftliche Tätigkeit vermittelt werden.

Sozialversicherungsprobleme werden zur Zeit von allen Seiten zu lösen versucht. In bezug auf die Wohnungsfrage ist in dieser Beziehung ein dankbares Feld gegeben. Die Reichsregierung hat bereits den Anfang gemacht; sie hat ein Siedlungsamt geschaffen und die Einrichtung eines Wohnungshauptamts angeordnet; diesem steht das Reich zu, Grundstücke gegen Entschädigung zu enteignen, wobei während des Krieges entstehende Werterhöhungen nicht berücksichtigt werden brauchen.

In bezug auf die Siedlungsfrage hat Bayern mit seinem großartigen angelegten Plan ein schönes Beispiel gegeben, welches hoffentlich recht bald und recht viel Nachahmung finden wird. Denn in gesundheitlicher Beziehung ist das Wohnen außerhalb der Großstädte von immenser Bedeutung. Aus Feststellungen, die Dr. Seiffert in Weutben an den schließlichen Innbüchlerarbeiten gemacht hat, geht die interessante und lehrreiche Tatsache hervor, daß die auswärts Wohnenden im vorgerückten Alter mehr Arbeitsfähige stellen als die im Orte Wohnenden; ferner mußte konstatiert werden, daß die letzteren noch einmal soviel Metallbestände im Körper aufzuweisen hatten und zweieinhalbmal so oft krank waren als diejenigen, die draußen ihr Heim aufsuchten hatten.

Ein weiteres erstrebenswertes, wenn auch angesichts der Wohnungsmisere noch in weiter Ferne liegendes Ziel ist das der geräumigen Unterkunft. Von größter Gesundheitschädlichkeit sind die engen Wohnungen; kleine, ungenügende Räume, in denen leider noch so viele mit Familienlegen reich bedachte Arbeiterfamilien zu wohnen gezwungen sind. Nach einer in Berlin aufgenommenen Statistik besaßen 82,3 Proz. aller in den letzten drei Jahren vor dem Krieg in Berlin an Tuberkulose Erkrankten Ein- und Zweizimmerwohnungen, während nur 6,4 Proz. vier und mehr Räume hatten.

Auch für die Buchdrucker mit ihren ungesunden Arbeitsverhältnissen ergibt sich aus den angeführten Gründen die zwingende Notwendigkeit, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für eine beschleunigte und entschlossene Wohnungsversorgung durch den Staat und die Kommune einzutreten; es möglichst vielen Plätzen müssen staatliche oder städtische Bauten mit zweckentsprechenden Einrichtungen entstehen. Auch die Wohnung des Buchdruckers sollte möglichst außerhalb der rauchgeschwängerten Großstadt liegen; sie muß aber auch mit genügenden und geräumigen Zimmern versehen sein.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Maschinenmelferverein. — Vierteljahrsbericht.) In der Februarversammlung begrüßte Kollege Webe im Namen des zum Teil neu gewählten Vorstandes die zahlreich anwesenden Kollegen. Er er-

suchte um rege Mitarbeit und Unterstützung, um die Interessen der Kollegenschaft mit allem Nachdruck zu vertreten. Nach Erledigung verschiedener Tagesfragen hielt Kollege Sonez einen Vortrag über: „Die Zweitourmaschinen und ihre Bedienung“. In der anschließenden Diskussion wurden die Vorteile und Nachteile der Zweitourmaschinen gegenüber der Stoppzylindermaschine erörtert. Infolge der frühen Vollstunde mußte die Versammlung zeitig geschlossen werden. — Die Märzversammlung konnte infolge des Belagerungszustandes, der Abperrungen und der durch den Generalstreik hervorgerufenen Einstellungen des Verkehrs nur von wenigen Kollegen besucht werden. Nach Erledigung der wichtigsten Mitteilungen fand die Versammlung ein schnelles Ende. — In der Aprilversammlung traten einige Redner energisch dafür ein, daß unsre mäßlichen Lohnerhältnisse mit den Forderungen der heutigen Zeit in Einklang zu bringen seien. Warm begrüßt wurde das Vorgehen einzelner Personale in dieser Hinsicht. Auch vom Vorstand wurde anerkannt, daß die Entlohnung bei vielen Firmen noch recht zu wünschen übrig lasse, doch wurde empfohlen, bei etwa eintretenden Lohnbewegungen auf dem Boden des Tarifs zu bleiben, damit bei Abschluß eines neuzeitlichen Vertrags unsre Tarifkreise nicht in Zweifel gezogen werde. Nach langer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am Dienstag, dem 8. April 1919, im „Alexandiner“ tagende Maschinenmelferverammlung begrüßt es aufs wärmste, daß in den einzelnen Betrieben Lohnbewegungen eingeleitet sind, da die heutigen Löhne den Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Sie verpflichtet, die Kollegen nach besten Kräften därtin zu unterstützen.“ Kollege Erbs von der Zentralkommission berichtete sodann, daß der Ausbau des „Maschinenmelfer im Buchdruckergewerbe“ für die nächste Zeit geplant sei. Neben Technischem sollen auch Artikel organisatorischer Art Aufnahme finden. Eine längere Diskussion zeitigte die nochmalige Besprechung über die drei Punkte: Aufzugstärke, verstellbarer Druckzylinder, drei oder vier Aufzugwalzen von der Sitzung des Normenausschusses. Vorgerückter Stunde wegen wurde beschlossen, die Diskussion über diese interessanten Punkte in der nächsten Versammlung fortzusetzen.

Berlin. (Verein der in Schriftgießereien Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Der Bericht der Generalversammlung vom 6. März konnte infolge der politischen und Verkehrsverhältnisse sowie des Generalstreiks in Leipzig wegen nicht rechtzeitig gebracht werden, und steht ihr derlei überholt. Es wäre nur noch zu berichten, daß der alte Vorstand, wie er vor dem Krieg bestand, wiedergewählt worden ist. Erster Vorsitzender ist Kollege Ernst Schneider. — Zur außerordentlichen Generalversammlung am 1. April stand der Bericht über die Verhandlungen mit den Prinzipalen auf der Tagesordnung. Vor Eintritt gedachte der Vorsitzende in warmen und anerkennenden Worten des Kollegen B. Reindke. Derselbe ist durch schwere Krankheit verhindert, seinen Posten als Schriftführer in der Zentralkommission sowie im Verein auszuführen, nachdem er ein Menschenalter seine ganze Kraft der Kollegenschaft gewidmet hat. Der Vorsitzende sprach den Wunsch aus, daß Kollege Reindke bald der Gesundheit entgegengehen möchte. Den Bericht über die Verhandlungen mit den Prinzipalen gab Kollege Schneider. Er führte aus, daß die Forderung, die in der letzten Versammlung mit beantragt wurde, den Prinzipalen sympathisch sei, doch wünschen sie, daß die Angelegenheit zentral geregelt werden soll. Die weiteren Schritte dazu unternahm die Zentralkommission. Für sämtliche Akkord- und Lohnarbeiter trat vom 1. April ein Zuschlag von 125 Proz. zu dem alten Tarif in Kraft; für Akkordarbeiterinnen 100 Proz., Lohnarbeiterinnen erhalten 8 Mk. Zulage, sobald sie ein Jahr im Berufs tätig sind. Diese Forderungen gelten bis 30. September 1919. In der Diskussion wurde der Kommission Dank zuteil, da man mit dem Erzielten bei den jetzt bestehenden Verhältnissen zufrieden sein könne, und wir nun endlich in die Reihe dererigen gerückt sind, die schon längst solche Zulagen erhalten haben. Es wurde aber auch gefordert, daß die Prinzipale kein größeres Entgegenkommen zeigen haben, sie sollten eine Abfindungssumme zahlen, und wenn sie noch so niedrig bemessen worden wäre, da doch festgestellt ist, daß einzelne Firmen von der Inflationsinflation Beschäftigung hatten und dabei große Gewinne erzielten. Bei dem Vereinskongress mußte eine Erhöhung um 10 Pf. vorgenommen werden. In die Zentralkommission wurde Kollege F. Gürtl proportional zum Schriftführer gewählt.

Chemnitz. (Vierteljahrsbericht.) In der Mitgliederversammlung am 26. Januar kam neben internen Vereinsangelegenheiten die Frage der am 1. Januar gültigen Steuererhöhung zur Sprache. Die diesigen Prinzipale lehnten auf Weisung von Leipzig aus die Zahlung der Zulage ab. Eine am 20. Januar stattgehabte Schiedsgerichtssitzung brachte keine Einigung, vielmehr ging uns am 22. Januar ein Schreiben der Prinzipale zu: „Die heutige Bezirksversammlung kann in Sachen der weiteren Steuererhöhung auf einem Entschlusse nicht kommen, so daß die Regelung der Zahlung jedem einzelnen Kollegen überlassen ist.“ Durch ein nochmaliges Vorstellwerden seitens der Vertrauensleute haben dann fast sämtliche Chemnitzer Prinzipale derweil zugestimmt. Im aber alle Geistes, hauptsächlich die in der Provinzdruckerei, in den Genuss der Zulage zu bringen, wurde die Vermittlung des Demobilisationsamts für die Kreishauptmannschaft Chemnitz angerufen, das zu unserm Staunen entschied. — In der Jahreshauptversammlung am 8. März fanden die Vorstandswahlen statt. An Stelle unsrer langjährigen Vorsitzenden Eisenpläster, der eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege v. Kiepsnitz gewählt. Der Ortsvereinskongress wurde am 1. April um 10 Pf. erhöht. — Die Wahlen zum Bauvorstand in unsrer außerordentlichen General-

Verammlung am 6. April brachten die Verordnungsänderungen des Vorstandes. Zum ersten Gauvorsteher ernannte eine am 23. März stattgehabte Bezirksvorsteherkonferenz für den gefallenen Kollegen Große als Provisorium bis zum nächsten Gau-tag den Kollegen Valentin Köfler. Nach einer äußerst lebhaften Aussprache über die ungenügende Entlohnung der Beihilfen wurde in Sachen Ferienfrage eine anspruchsvolle Entschädigung gefordert. Wir hoffen, daß die nächsten Verordnungen durch die gleiche rege Anteilnahme der Kollegen am Vereinsleben ausgezeichnet sein mögen wie die letzte.

**Darmstadt.** Am 12. April fand eine Besetzungs- und Festverammlung statt. Der Vorsitzende Bahler erbat mit einer längeren Ansprache die 25jährige Jubiläumstätigkeit unseres Bezirkskassierers Friedrich Böhm und überreichte ihm eine Preisfahne mit Inhalt. Sodann beleuchtete unser Gauvorsteher Fuhs das 25jährige Jubiläum unseres Frh., mit dem er 10 Jahre Hand in Hand arbeiten konnte, seinen unermüdbaren Fleiß und große Mühe hervorhebend, und gab dem Wunsch Ausdruck, daß Kollege Böhm noch lange Jahre seines Amtes walten möge. Dieser dankte der Versammlung und dem Gauvorsteher für die ihm überreichten Geschenke und überbrachte Glückwünsche. Während der dem Ernste der Zeit angepaßten Feier trat ein von den Nachschicht arbeitenden Kollegen des „Darmstädter Tagesblatts“ entworfenes Diplom für den Jubilar ein. Dann wurde zur eigentlichen Tagesordnung übergegangen und zunächst 21 Neuauflagen vollzogen, zwei weitere mußten wegen Protesteinlegungen vorerst zurückgestellt werden. Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß der Arbeiterbildungsausschuss sich dafür eingesetzt hat, bei den künftigen stattfindenden Landesbestandserhebungen für die Abonnements der Kollegen Rechnung zu fragen. Bei Zuwahl des Tarifschlichters wurde Kollege Sergio gewählt. In einer Aussprache über Lehrlingsprüfung bemerkte Kollege Nebe, daß bei dieser Materie noch vieles zu leisten wäre, die Prüfungen müßten noch viele Änderungen erfahren. Die Prüfungskommission wurde darauf auf vier weitere Mann erhöht. Beim Punkte „Gesundheitswesen“ wurden dem Ortsvereine Oberstadt 25 Mk. bewilligt.

**W. Eberswalde.** (Vierteljahrsbericht.) In der Verammlung am 9. Februar wurde beschlossen, eine typographische Ortsgruppe zu gründen. Vorsitzender ist Kollege Jungling. Eine Eingabe an den Magistrat betreffs Erhöhung des Zellenpreises für amtliche Bekanntmachungen hatte in diesem Punkt Erfolg, im andern: Vergebung der förmlichen Drucksachen an nur tariffreie Druckerereien und Berechnung nach dem Preisliste, wurde sie abgelehnt. Eine neue Eingabe ist eingereicht mit dem erweiterten Vorschlag, eine Preisprüfungs- und Verteilungsstelle für die förmlichen Drucksachen einzurichten. — In der Verammlung am 8. März war Gauvorsteher Hannack als Gast anwesend und referierte über: „Die Beschlässe der letzten Kartiauswahlprüfung und die gewerbliche Lage“. Redner wandte sich in seinen Ausführungen gegen die wilden Streiks. Die Fassung des Tages ist: Arbeiten und nicht Streiken! Zum Bezirkskassierer wurde Kollege Buch neugewählt. — In der Verammlung am 5. April wurde beschlossen, daß die Ortsgruppe der Typographischen Vereinigung als erste Tätigkeit einen Kursualkursus einzurichten soll. Kollege Heinrich stellte mit, daß es dem Gewerkschaftsamt gelungen sei, bei der Stadt durchzusetzen, daß jeder Buchdrucker am Orte 75 Mk. für Berufskleidung ohne weiteres in Abzug bringen kann bei der Steuererleichterung. Was den Verbandsbeitrag anbelangt, so soll auch hier versucht werden, ganz oder teilweise die Abzugsfähigkeit durchzusetzen. Auf Antrag des Kollegen Rudolph wurde eine Resolution an den Gauvorstand abgefaßt, worin eine Verbandsgeneralversammlung gefordert wird. Die Verammlung ist der Meinung, daß der Tarif sehr reformbedürftig ist.

**Friedberg.** In der am 18. April in Bad Nauheim abgehaltenen außerordentlichen Verammlung des Ortsvereins Friedberg-Bad-Nauheim-Büchsch wurde zur Lohnfrage eine längere Entschädigung angenommen, deren Schluß (nach Ansicht der Redaktion) den Kern bildet, indem die Beihilfenvertreter dafür eintreten sollten, „daß jetzt endlich einmal mit der ewigen Steuererleichterung Schluß gemacht und ein gewisser, höherer, der Zeit entsprechender, einheitlicher, fester Lohn angelehrt wird“. Die Kollegen in den Provinzialstädten haben mit denselben Schwierigkeiten bei Bezug von Lebensmitteln zu kämpfen wie die der Großstädte.

**Oera.** Eingangs der Verammlung am 13. April beklagten die Vertreter der Gewerkschaften den Kollegen Robert Harnisch („Gewerkschafts-Tageblatt“) nachträglich zu seinem vierzigjährigen Verbandsjubiläum, das er am 29. März begehen konnte, ferner gedachte er in erheben Worten eines verstorbenen Kollegen in Weida. Nachdem drei Kollegen in den Verband aufgenommen, kamen die Verhältnisse in der Buchdruckerlei Selter in Köstlin zur Sprache. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Wahl eines Kassierers. Als solcher wurde der fehöhere, Kollege Rauche, einstimmig gewählt. Zum Schluß erhaltete Kollege Roth noch einen kurzen Kartellbericht.

(Weitere Korrespondenzen in der Beilage.)

**Berlin! Der Verlag der „Eibinger Zeitung“** in Eibing gewährt den Beihilfen bei zweijähriger Tätigkeit drei Tage, bei einer solchen von über fünf Jahren sechs Tage, über zehn Jahren neun Tage, über fünfzehn Jahren vierzehn Tage; den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen bei mehr als fünfjähriger Tätigkeitsdauer sechs Tage. — In Offenbach a. M. führte die Firma M. Dohann („Offenbacher Zeitung“) die während des Krieges in Wegfall gekommenen Ferien wieder ein, und zwar nach folgenden Kategorien: bei einer Geschäftszugehörigkeit bis zu einem Jahre drei Tage, von zwei Jahren sechs Tage, von vier Jahren neun Tage, von über fünf Jahren zwölf Tage und mehr je nach der Dauer der Tätigkeit. Die Mehrzahl des Personals tritt in der höchsten Staffel in den Genuss dieser Ferien. — Im Bezirk Ostfriesland gewährten auf eine Anfrage hin etwa drei Viertel sämtlicher Prinzipale Ferien. Der Inhaber der „Ostfriesischen Zeitung“ in Emden gab auf das betreffende Schreiben folgende bemerkenswerte Antwort: „Auf Ihr Schreiben vom 9. April teilen wir Ihnen mit, daß wir schon vorher einen mindestens einwöchigen Urlaub für jeden unserer Beihilfen für diesen Sommer vorgezogen haben, wie das bei uns auch schon vor dem Kriege bereits üblich war. Wir stimmen also Ihrem Vorschlage durchaus zu, denn wir halten es für selbstverständlich, daß jetzt, wo kein Personalmangel mehr zu befürchten ist, jedem, der tagaus, tagein mit uns arbeitet, auch eine angemessene Erholung vergönnt sein muß.“ Das größte und einträglichste Zeitungsunternehmen Ostfrieslands, der „Ostfriesische Kurier“ in Norden, konnte sich zu einer Feriengewährung nicht entschließen. — Das Forgaue Druck- und Verlagshaus, G. m. b. H., in Forgaue hat seinem Gesamtpersonal je nach den Arbeitsjahren Ferien bis zu 14 Tagen bewilligt.

**Erhöhung der Vergütung für amtliche Bekanntmachungen.** In Detmold erhöhen die städtischen Körperschaften die Pauschalvergütungen auf 2000 Mk. für jede der beiden dortselbst erscheinenden Zeitungen.

**Berechnung durch Innebehaltung des Rückports.** Ist es an sich schon äußerst faßlos, wenn eine Firma, die eine Stelle ausgeschrieben hat, den Bewerber ohne jedwede Antwort läßt, so muß man es direkt als verwerflich bezeichnen, wenn von selten des auswerbenden Unternehmers das vom Bewerber etwa eingehaltene Rückporto innebehalten wird. So erging es einem Kollegen aus Frankenberg i. S., der, unter folgendem Mißfall: „Im Allgemeinen Anzeiger für Druckerereien“, Nr. 27/28, suchte eine Firma in Duisburg einen Abzinsbesetzer, möglichst Kunstgewerbler. Auf Offerte meinerseits, welche ich am 7. April abgab, habe ich keine Antwort erhalten, trotzdem ich 50 Pf. in Briefmarken als Rückporto für Elbretz belegte. Auf eine nochmalige Anfrage, welche ich am 27. April an genannte Firma richtete, bin ich wieder ohne Antwort belassen worden. Allem Anscheine nach will diese hochwohlwollende Firma Geschäfte machen mit Rückporto. Eine Anzeige, daß die Stelle besetzt ist, ist nicht erschienen.“ Wenn auch die Suveränität der Post in letzter Zeit zu wünschen übrig läßt, so muß man nach Lage der Sache doch annehmen, daß mindestens starke Nachlässigkeit, wenn nicht böser Wille seitens der in Betracht kommenden Firma in dieser Hinsicht vorhanden ist. Wir sind in der Lage, die in Betracht kommende Firma namhaft zu machen, wollen jedoch vorberhand davon Abstand nehmen in der Hoffnung, daß dieser Sinnes genügt, die Angelegenheit noch nachträglich zur Zufriedenheit des Bewerbers aus der Welt zu schaffen.

**Fälschung von Zuckermariken.** Durch Befragung eines Druckerlehrlings gelangte ein Drucker in Herford (Westf.) in den Besitz der Platten für die amtlichen Zuckermariken. Die gefälschten Marken wurden für 50 Pf. an Bäckereimeister verkauft, die den Zucker zum Preise von 500 bis 600 Mk. für den Zentner umsetzten. Auf diese Weise wurden der Allgemeinheit über 40000 Pfund Zucker entzogen. Die Hauptbeteiligten sind mit Ausnahme des Hersteller der Fälschungen verhaftet worden.

**Befnahme eines Markenfälschers.** Auf dem Hauptbahnhof in Hannover wurde vor einigen Tagen ein Buchdruckerlehrling durch zwei Kriminalbeamte festgenommen, der die Fälscherei von Zuckerkarten in großem Maßstabe betrieben hatte. Vermutlich hatte derselbe die Abicht, nach Holland zu entfliehen.

**Raubmord.** In Sena ist kürzlich ein 50 Jahre alter Viktualienhändler, früherer Schriftsetzer, in seinem Geschäftshaus überfallen und nach einem Kampfe durch Messerschläge getötet worden. Der Mörder raubte die Ladenschätze; es sollen ihm 500 Mk. in barem Geld in die Hände gefallen sein. Als Täter wurde alsbald ein 26 Jahre alter Kunstblöhdauer aus Oera ermittelt und festgenommen. Die geraubte Summe wurde bei dem Verbrecher, der sich durch Verleugungen an den Händen verdächtig gemacht hatte, vorgefunden.

**Lehrmittelfreiheit — städtische Druckerei in Berlin.** Der Stadtverordnetenentschuss in Berlin beschloß, den Magistrat zu ersuchen, die Lehrmittelfreiheit in den schuldirekten Bildungsanstalten (Gemeinschaftsschulen, Pflanzschulbildungsschulen usw.) der Stadt Berlin einzuführen. Die Durchführung dieses Beschlusses wird, da über 300000 Schüler in Frage kommen, gewaltige Kosten verursachen. Um nun diese Kosten herabzumindern, wurde der Vorschlag gemacht, eine eigene städtische Druckerei mit der Herstellung der Bücher zu betrauen. Ob dieser Vorschlag auch noch nicht zum Beschluß erhoben worden, so werden aber doch Erwägungen darüber angestellt, ob eine Verwirklichung des Planes geboten erscheint.

**Zur Bekämpfung der Arbeitsnot.** Seitens der bayerischen Regierung sind 519,5 Millionen Mark für öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitsnot bereitgestellt

worden; 233 Millionen davon entfallen auf die innere Staatsverwaltung, 204,3 Millionen auf die Verkehrsverwaltung, 72,5 Millionen auf die Forstverwaltung, 7,3 Millionen auf die Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung und 1,3 Millionen auf die Domänenverwaltung. Die Arbeiten sollen, soweit sie nicht bereits in Angriff genommen wurden, möglichst Beschleunigung finden.

**Arbeitsdisziplin in Rußland.** Alle Staaten, insbesondere die baltischen, sind mehr oder weniger durch den Krieg in wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Immer und immer wieder ist von den maßgebenden Stellen betont worden, daß nur fleißige Arbeit dazu imstande ist, nach und nach wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. „Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten“, das ist die Ansicht Leo Trotskij, die er gelegentlich einer Städtekonferenz in Moskau im März 1918 verbal und jedenfalls auch heute noch aufrecht erhält. Denn am traurigsten sieht es jedenfalls zur Zeit in dem von aller Welt abgeflohenen Rußland aus. Die „Wespiger Volkszeitung“ druckte einen Aufruf der Vertretung der Petersburger Fabrikarbeiterchaft im Auszug ab, in dem die schwierige Lage Rußlands geschildert und gesagt wird, daß eine „außerordentliche Anspannung aller Kräfte“ erforderlich ist, um den Wohlstand und den Ertrag der Arbeit zu heben. „Off werden“, heißt es in dem Aufrufe, „die Vorschriften über die Arbeitsdisziplin, die von der allgemeinen Verammlung aller Arbeiter angenommen wurden, verlegt; es verhalten sich viele Arbeiter der Fabrik ihrer Arbeit gegenüber nicht gewissenhaft genug.“ Die Vertretung der Petersburger Fabrikarbeiterchaft ist gewillt, mit allen Mitteln das Sinken der Produktionskraft und die Abertretungen der festgesetzten Arbeitsdisziplin zu bekämpfen, und verkündet, „daß hinsichtlich jeder Arbeiter und Angestellte, der die ihm gesetzte Norm nicht erreicht oder die Arbeitsdisziplin verlegt, in eine niedrigere Kategorie überführt oder ganz von der Fabrik ausgeschlossen wird. Andererseits werden Arbeiter und Angestellte, welche sich durch besondere Güte ihrer Arbeitsleistungen auszeichnen, in höhere Kategorien überführt werden.“ Schließlich wird erwartet, daß die selben Arbeiter in diesem Sinne auf die Jugend einwirken, die Fabriken auf die Inerfabrenen und die sich ihrer Verantwortung Bewußten auf die Volkssinnigen. Das kann auch für Deutschland gelten.

**Einführung von Arbeitsgerichten.** Da Gewerbegerichte nur für größere Gemeinden oder für den Bezirk mehrerer Gemeinden oder eines Kommunalverbandes, Kaufmannsgerichte nur für Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern errichtet werden, Schlichtergerichte aber, die sich, wie in unterm Verufe, mit allen aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Streitfällen beschäftigen, in den wenigsten Gewerbetreibenden anzureifen sind, so steht einem großen Teile von Arbeitnehmern das vereinfachte Verfahren vor einem dergleichen Gerichte noch nicht zur Verfügung. Sie sind daher gezwungen, Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis vor den ordentlichen Gerichten zum Austrage zu bringen. Schon lange vor dem Kriege ist die Forderung erhoben worden, durch eine Erweiterung der ordentlichen Gerichte allen Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit zu geben, Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber der Entscheidung eines Sondergerichts mit paritätischer Besetzung und beschleunigter Rechtsprechung zu unterbreiten. Diese Bestrebungen dürften jetzt endlich von Erfolg gekrönt sein. Denn im Reichsarbeitsministerium plant man die Schaffung von Arbeitsgerichten im Anschluß an die ordentlichen Gerichte, und zwar an die Amtsgerichte. Bei jedem dieser Gerichte soll eine Abteilung für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und eine zweite für Streitfälle zwischen Arbeitgebern und Angestellten errichtet werden. Die Schöffen sollen nach den Vorschriften der Kaufmanns- und Gewerbegerichte aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt werden, während den Vorsitz der leitende Richter des Amtsgerichts übernimmt. Die Ausstellungen des Reichsarbeitsministeriums in dieser Beziehung lassen darauf schließen, daß die Kaufmanns- und Gewerbegerichte in vorstehendem Sinne umgestaltet werden sollen. Es wäre zu wünschen, daß diese Pläne bald feste Gestalt annehmen würden.

**Gewaltige Steigerung der Einkommen.** Im Verhältnisse zu den Löhnen in der Zeit vor dem Kriege hat sich das Einkommen des Arbeiters um etwa 150–200 Proz. erhöht. Daß damit ein einigermaßen annehmbarer Ausgleich zu den Preisen der Bedarfsartikel, die um 500–600 Proz. und noch mehr gestiegen sind, nicht geschaffen wurde, ist im „Storr.“ zu ungenügender Maßen betont worden. Auf der andern Seite aber ist hinlänglich bekannt, daß Unternehmer und speziell Lebensmittelhändler ihr Einkommen in den letzten Jahren um das Zehnfache, ja Zehntwanzigfache erhöht haben. In dieser Hinsicht brachte die Düsseldorf „Freie Presse“ vor einiger Zeit eine interessante Zusammenstellung von der Einkommenbewegung einzelner Steuerzahler, die allem Anscheine nach den amtlichen Akten der Steuerbehörde entnommen wurden und aus diesem Grund auch Anspruch auf Glaubwürdigkeit machen können. Danach hat z. B. ein Kartoffelhändler seine Einnahmen von 18000 Mk. im Jahre 1915 auf 170000 Mk. im Jahre 1917 gesteigert; das Einkommen eines Viehhändlers stieg in derselben Zeit von 1800 auf 112000 Mk., das eines Zigarenhändlers von 12000 auf 135000 Mk. Eine Papierfabrik, die im Jahre 1913 210000 Mk. vereinnahmte, brachte es im Jahre 1917 auf 2946000 Mk. usw. Den höchsten Prozentsatz der Steigerung erreichte nach dieser Zusammenstellung zweifellos ein Fachhändler, der sein Einkommen von 3000 Mk. im Jahre 1915 auf 70000 Mk. im Jahre 1917 zu erhöhen verstand. Da diese Zahlen die Summen wiedergeben, mit denen sich die Betroffenen selbst eingehandelt haben, darf man wohl annehmen, daß sie eher zu niedrig als zu hoch bemessen worden sind. Ob

## Rundschau

**Geschäftsbericht des Kartellamts für 1918.** Das Kartellamt bittet uns, davon Kenntnis zu geben, daß die vorhandene kleine Auflage des Geschäftsberichts vergriffen ist, und daß ein Neudruck der Kosten wegen sich nicht lohnen würde. Etwa noch eingehende Bestellungen könnten deshalb nicht erledigt werden.



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 54 — Leipzig, den 17. Mai 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Stab.** (Wertefahrtsbericht.) In der Versammlung am 6. April erstattete Vorsitzender Döbrich den Geschäftsbericht. Alle zurückgekehrten Kollegen sind wieder in Konfession getreten. Ein am 8. März veranstalteter Festabend für die Heimkehrer verlief zur größten Zufriedenheit. Außer der Erhöhung des Ortsbeitrags wurde die Anschaffung verschiedener Vereinsulken beschlossen. Die Tätigkeit der Graphischen Vereinigung wurde wieder aufgenommen. Die Leitung hat Kollege N. Weber übernommen. Der Vorstand wurde beauftragt, ein Arbeitsprogramm auszuarbeiten. Als erste praktische Arbeit gilt die Abhaltung eines Stenographiekurses. Für diesen Zweck wurde dem Magistrat ein Besuch unterbreitet zwecks Überlassung eines Schulzimmers. Der erstattete Kasienbericht ergab ein erfreuliches Bild. Es wurde beschlossen, den in Not geratenen arbeitslosen Kollegen aus der Ortskasse Zuschüsse zu gewähren. Ein weiterer Antrag, die in der Umgegend befindlichen Kollegen bzw. Einzelmitglieder dem Ortsverein anzuschließen, wurde dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Ferner wurde auch der Vorstand beauftragt, die in den hiesigen Erwerbsstellen befindlichen Hilfsarbeiter der Organisation zuzuführen.

**Glücksstadt.** Auch unser Ortsverein beginnt wieder zu erwachen. Die Mitgliederzahl, die Anfang 1914 etwa 60 betrug, dann bis auf 6 im Jahre 1918 fiel, ist bereits wieder auf 25 gestiegen. In den Ausschuss wurden die Kollegen Söder als Vorsitzender und Mus als Kassierer gewählt. Zur Hebung der beruflichen Fortbildung ist der Ortsverein dem Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften korporativ beigetreten.

**Kiel.** (Monatsversammlung am 31. März.) Die zahlreich erschienenen Kollegen hatten Gelegenheit, einen äußerst interessanten Vortrag über den „Bolschewismus“ entgegenzunehmen, den Herr Postinspektor Brandt freundlichst übernommen hatte. Vieles aktuelle Thema zu behandeln verstand der Vortragende meisterhaft, hat er doch persönlich Gelegenheit gehabt, diese neuzeitliche Bewegung, ihre Entstehung und ihre unheilvollen Folgen an der Quelle zu studieren. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbrachte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Mühlentrost und der Frau Paula Ehlede; lehrreicher Bemerkungen der Vorsitzende warme Worte der Anerkennung für ihr Wirken im Interesse der Hilfsarbeiterorganisation. Dem Gauvorstande konnten vier Kollegen zur Aufnahme empfohlen werden. Dem Berichte vom Gewerkschaftskartell ist als ehrenwörtlich zu entnehmen, daß die Arbeiterzentralbibliothek zehn Jahre besteht und sich eines regen Zuspruchs erfreut. Beschlossen wurde, zur Ehrung der heimgekehrten Feldgrauen eine Begrüßungsfeier zu veranstalten und in diesem Jahr auch das Johannistfest wieder zu feiern. Dem Bund Deutscher Arbeiterkassen und -kassen wurden 100 Mk. überwiesen. Aber den engeren Anschluß der Lehrlinge an die bestehenden technischen Vereinigungen sollen Beratungen gepflogen werden.

**G. Könn.** (Maschinenlehre-Wertefahrtsbericht.) In der Hauptversammlung am 2. März gab Vorsitzender Witke einen kurzen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Auch Kollegen sind leider dem Völkermorden zum Opfer geworden; ein Kollege ist seit Mai vergangenen Jahres noch vermißt. Etwa 1000 Mk. haben die Kölner Maschinenlehrekollegen für Liebesgaben und Versicherungen ausgemworfen. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes, nur der zweite Vorsitzende wurde neu gewählt, desgleichen eine aus allen Systemen zusammengesetzte Technische Kommission. — Die Versammlung am 30. März beschäftigte sich mit der jetzt akut gewordenen Frage der Abschaffung der Sonntags- und Nachtarbeit. Mit der Befestigung der Sonntagsarbeit erklärte sich die Versammlung einverstanden. Es müßten dann aber Bestimmungen getroffen werden, daß der Arbeitsbeginn vor Montag früh 6 Uhr nicht erfolgen darf, denn wenn an Sonntagen nach 12 Uhr nachts gearbeitet werden könnte, dann bedeute das gegenüber der jetzigen Sonntagsarbeit eine Verschlechterung für die Kollegen. In Bezug auf die Nachtarbeit müßten zur jetzigen Zeit andre Umstände mitberücksichtigt werden, wahrscheinlich würde die Abschaffung derselben eine noch größere Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Ferner wurde angeregt, für die getauenen Kollegen eine Gedenkstiftung im Vereinslokal aufzuhängen. Drei Kollegen wurden neu aufgenommen. Unter Punkt „Technisches“ wurde über Neuerungen an der Linotype berichtet. Die nächste Versammlung soll die Abmontierung einer Linotypemaschine in Augenschein nehmen.

**Kauterbach** (Oberhessen). Um die hiesigen Kollegen fester zusammenzuschließen, wurde der bereits über vier Jahre lang erloschene Ortsverein am 27. Januar wieder ins Leben gerufen, und Kollege Schröder als Vorsitzender gewählt. Am Orte sind drei Druckereien, die dritte Firma beschäftigt zur Zeit keine Gehilfen. Die Steuerzulagen wurden ohne Anstand gewährt. — Am 29. März fand unsere erste Mitgliederversammlung

statt. Der Vorsitzende stellte mit, daß von den ehemaligen Mitgliedern des Ortsvereins nur vier zurückgekehrt seien, alle anderen seien ein Opfer des Völkermordes geworden, ihr Andenken wurde geehrt. Nach Erledigung der Tagesordnung ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, auch ferner an den Bestrebungen unserer Organisation mitzuarbeiten.

**Leipzig.** (Schriftgießer.) In der am 1. April stattgehabten Versammlung gab der Vorsitzende zunächst die Zusammensetzung des neugewählten Vorstandes bekannt. Zur Frage der sogenannten Schichtarbeit an einer Maschine beschloß die Versammlung, daß dies nur im gewissen Maße gelassen soll. Da im Tarife für Nacharbeit ein Zuschlag oder Entschädigung nicht vorgesehen ist, soll ein dementsprechender Zuschlag beansprucht werden. Hierauf wurden drei Beisitzer und zwei Stellvertreter zum Tarifschiedsgericht sowie fünf Kollegen und ein Stellvertreter in die Tarifkommission gewählt. Die letztere hat hauptsächlich die Verhandlungen mit den Prinzipalen zu führen. Das letzte Rundschreiben der Zentralkommission wurde der Versammlung bekanntgegeben, es fand hierzu eine längere, sachlich geführte Aussprache statt. Alle Redner traten für zentrale Regelung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Einführung des gewissen Geldes ein. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen. Im zusammenfassenden Sinne äußerte sich die Versammlung ebenfalls betreffs einer Zusammenkunft von Vertretern der einzelnen Gliedstädte, die über die einzuliegenden Wege auf tariflichem Gebiete beraten soll. Unter Hinweis auf die jetzige ungünstige Entlohnung in den hiesigen Gewerbetrieben war ein Antrag eingegangen, der eine höhere Entlohnung forderte. In der äußerst regen Aussprache kam allgemein die Ansicht zum Ausdruck, daß die letzte Steuererhöhung entschieden zu niedrig bemessen war und eine höhere Entlohnung gefordert werden müßte. Vielfach wurde in der Aussprache darauf hingewiesen, daß in vielen ungelerten Berufen weit höhere Löhne gezahlt werden als in den hiesigen Gewerbetrieben. Es müßte mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet werden, um eine bessere Entlohnung herbeizuführen. Einstimmig wurde der Antrag angenommen und dem Vorstande zur schnellen Erledigung überwiesen. Mit der Erledigung einiger kleinerer Sachen wurde die sehr stark besetzte Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** (Stereotypure und Galvanoplastiker.) Am 10. April fand unsere gutbesuchte Halbjahrsgeneralversammlung statt, in der der Ortsvorsitzende seine Tätigkeit offiziell beendete, die er seit drei Monaten gemeinsam mit dem alten, aus dem Felde zurückgekehrten Vorstandsmitgliedern ausübte. Kollege Bauch gab in seinem Vereinsbericht einen Überblick über die schlechten Verhältnisse im Berufe während der letzten Kriegsmonate und der Demobilisierung. Durch die schnelle Entlassung der Stereotypangehörigen und der schlechten Lage des gesamten Wirtschaftslagens steigerte sich die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße, um im Februar mit 20 Proz. ihren Höhepunkt zu erreichen. Durch die Anordnungen des Demobilisierungsamts war es möglich, von 141 Kriegsteilnehmern 109 wieder in ihren alten Arbeitsstätten unterzubringen. Die 48 Kriegeserfahrthäre, davon 28 weibliche, konnten nur nach und nach wieder aus dem Beruf entfernt werden. Die Einführung der Steuerzulagen vom Januar vollzog sich glatt, bis auf die Schriftgießerei Scheller & Giesecke, die auch heute noch, trotz persönlicher Vorprache einiger Vorstandskollegen, für ihre elf Galvanoplastiker den Tarif nicht anerkennt. Der Vorstand hat im Einverständnis mit dem Gauvorstande die nötigen Schritte eingeleitet, um eine endgültige Regelung dieser Angelegenheit durch den Tarifausschuß herbeizuführen. Der wiederholt angebotene Abschluß eines „Manteltarifs“ mit dieser Firma wurde abgelehnt. Zur Zeit hat sich die Arbeitslosigkeit etwas gebessert, die Erloshärte ist ganz verschunden. Die Ende März ausgenommene Statistik ergab, daß in 44 Firmen 227 Kollegen beschäftigt sind, und zwar: 120 Stereotypure und 107 Galvanoplastiker, denen 49 Lehrlinge gegenüberstehen. 39 Kollegen sind konfessionslos, 11 krank, 22 noch beim Militär, davon 5 in Gefangenschaft, und 8 sind vom Beruf abgegangen, bis sich die Verhältnisse etwas gebessert haben. Der Massenbericht, durch den Kollegen Diebe gegeben, ergab ein erfreuliches Resultat. Die von den Redigenten beantragte Entlassung des Vorstandes für die geleagte Rechnung wurde einstimmig ausgesprochen. Durch Ergänzungswahl wurde der Vorstand wieder auf die Stufenhöhe gebracht und besteht nunmehr aus dem Kollegen Köhler als erster Vorsitzender und sechs andern Kollegen. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde vom Kollegen Baueid ein Vortragskursus und Exkursionsplan unterbreitet und der Antrag gestellt, eine technische Kommission zu wählen, die auf Grund dieses Planes die technische Fortbildung der Mitglieder in die Wege leiten und ausbauen soll. Als besonders beachtenswert wies er auf die Arbeiten des Normenausschusses für das graphische Gewerbe hin, dem Abschnitt III: Stereotypie, Galvanoplastik und Chemigraphie, der technischen Kommission viel Anregung geben könne. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen an und wählte eine viergliedrige technische Kommission. Einige interne Angelegenheiten riefen eine

ausgedehnte, zum Teil erregte Debatte hervor. Der Vorsitzende forderte zum Schluß die Kollegen auf, der Sparte auch ferner reges Interesse entgegenzubringen. Die nächsten Versammlungen beginnen bereits am 5. Uhr.

**-g. Magdeburg.** (Maschinenlehre.) Am 27. April fand eine Versammlung statt, in der zuerst die in Aussicht genommene Bezirks- und Generalversammlung besprochen wurde. In den Kriegsjahren ist es nicht möglich gewesen, eine Generalversammlung abzuhalten, und soll daher unter allen Umständen verlußt werden, in diesem Jahr eine solche stattfinden zu lassen. Auf dieser soll die dringend notwendig gewordene Neuerteilung des Gauwes vorgekommen, ein zeitgemäßer Vortrag gehalten und ein Festakt zu Ehren der Gefallenen und Heimkehrer abgehalten werden. Am Samstagabend soll eine Bezirksversammlung in Magdeburg stattfinden. Die auswärtigen Kollegen müssen sich die erforderlichen Bahnausweise beschaffen. Um das Technische wieder zu beleben, wurde die Technische Kommission neu gestaltet. Beim Punkte „Verschiedenes“ fand der in Nr. 45 des „Korr.“ erschienene Artikel „Kürzere Arbeitszeit für Maschinenlehre“ eine lebhaft erörterte. Die Versammlung erklärte sich mit allen darin aufgeworfenen Punkten voll einverstanden und beschloß, den Funktionären zu der im Mai stattfindenden Tarifauschubung die nur allzu berechtigten Wünsche der Maschinenlehre mit auf den Weg zu geben.

**Mersburg.** Ihre letzte Mitgliederversammlung am 5. April war trotz eines Mitgliederbestandes von 75 nur schwach besucht. Vor Eingebung in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende Weber die neuanswerbenden vier Beiräte, die für den Verband gewonnen waren. Auch waren zwei Gutenberglinder zum Verband übergetreten. Kollege Schmidt gab als Gewerkschaftsdelegierter einen kurzen Bericht von der letzten Sitzung. Unser Kassierer Achermann gab den Wertefahrtsbericht kund, wobei einer Einnahme von 160,86 Mk. eine Ausgabe von 131,37 Mk. gegenüberstand. Der Übertrag vom Jahre 1918 betrug 108,46 Mk. Somit beträgt der Ortskassenbestand 137,95 Mk., außer einem Sparkassensguthaben von 20,67 Mk. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt in der üblichen Weise. Auch wurde dem Kassierer für seine Mühebewaltung eine Entschädigung von 10 Mk. vierjährlich bewilligt. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1918 21 und war bis April auf 75 gestiegen. Eingegangen war noch ein Schreiben vom Gauvorstande betreffs Bezahlung der Beiträge für die Generalstreikzeit. (Da die Angelegenheit in betreffendem Sinn erledigt ist, streichen wir das Folgende. Red.)

**B. Nürnberg.** (Maschinenlehre-Bezirksverein.) Die am 27. April abgehaltene Mitgliederversammlung ist unter den Zugestimmungen erhellend. Der Vorsitzende Müller verlas unter „Vereinsmitteilungen“ Eingänge. Die Bezirksneuerteilung erregte eine lebhaft Diskussion, und wurde gemäß der Anregung verschiedener Kollegen diese Sache fallen gelassen. Die Beitragserhöhung wurde ablehnend bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt. Eine tarifliche Angelegenheit wurde insofern zur Sprache gebracht, als Buchdruckerbesitzer Hr. Willim („Nordbayerische Zeitung“) vom Schiedsgerichte verurteilt wurde, einem Kollegen seinen vor dem Kriegsbezogenen Lohn weitzuzahlen, da er denselben nach seiner Entlassung vom Militär nur zum Minimum einstellte. Hierauf hielt Kollege Verdes in der „Nürnberg Zeitung“ einen interessanten praktischen Vortrag über: „Abnahme und Reinigung des Ergosterkaltens an der Linotype“. Der Vortrag wurde mit großem Interesse verfolgt. Der Direktor der „N. Z.“ sei auch an dieser Stelle für das freundliche Entgegenkommen herzlich gedankt.

**F. Osnabrück.** Ihre erste diesjährige Bezirksversammlung am 13. April hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen. Unser neugewählter Vorsitzender Tiemann gab in schwingvollen Worten eine klare Übersicht über die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit, zugleich auch die heimgekehrten Kollegen begrüßend. Besondere Worte der Anerkennung wurden noch dem Kollegen Erik Jurell, der fast 40 Jahre das Amt als Bezirkskassierer und Relevalverwalter geführt hat, nun aber aus Alters- und Gesundheitsrücksichten seit Ami niederlegte. Zum Dank wurde ihm ein kleines Angebinde überreicht. Zum Nachfolger wurde Kollege Fischer gewählt. Aus den Berichten der einzelnen Orts war durchweg Gutes zu entnehmen, wenn auch in einigen noch viel Arbeit in puncto Tarifliches zu bewältigen ist. Der vom Gauvorstand angelegentlichsten Frage eines Gaultags wurde von der Versammlung zugestimmt, da seit dem Jahre 1913 keiner mehr stattgefunden hat, in dieser Zeit aber viel wichtige Fragen aufgetaucht sind. Aus den Mitgliederkreisen waren mehrere Anträge eingegangen auf baldige Lohnausbesserung, Bewilligung von Ferien und Verlesung Osnabrücker in eine höhere Lohnauszahlungsklasse. Dem Gehilfenvertreter soll hierüber Mitteilung gemacht werden. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Melle gewählt.

**Sangerhausen.** Nachdem in der Januarhauptversammlung unser Ortsverein nochmals einen Vorstoß zur Gewinnung aller am Ort arbeitenden Nichtmitglieder be-

schlossen hatte, konnte die Aprilversammlung das Resultat hinnehmen, daß nun endlich alle Kollegen am Orte dem Verband angehören. Eine am Vorabend des Generalstreiks zusammenberufene außerordentliche Versammlung lebte einmütig die Beilegung am politischen Streik o. a. was uns nach Überwindung einiger Schwierigkeiten auch gelang. Die Aprilversammlung nahm das mündliche Referat unfres Gauvorsitzers König über die Tarifauschüsse entgegen, konnte sich aber trotz Würdigung aller Schwierigkeiten nicht mit dem finanziellen Ergebnis einverstanden erklären.

**Schweidtz.** In unfrer am 25. April abgehaltenen Ortsvereinsversammlung wurde eine lebhafte Debatte geführt über die Lehrlingsstellung bei den Firmen Müller und Wachsmuth. Obwohl hier am Orte die Arbeitslosigkeit sehr ist, ziehen sich die Firmen nicht ab, noch Lehrlinge einzustellen. Die Ausnahmefeststellungen werden bis dortaus ausgenüht. Es wird auf niemand Rücksicht genommen, ob verheiratet oder ledig. Im Laufe des Krieges sind Lehrlinge in Scharen ausgebildet worden. Die Firma Wachsmuth geht so weit, daß sie einen Gehilfen kündigt wegen Arbeitsmangels, dafür stellt sie einen Lehrling ein. Auch die Arbeitslosen erheben dagegen Protest, da es ihnen so unmöglich wird, im Berufe wieder Stellung zu bekommen. Bei unfrer Prinzipalität muß mehr soziales Verständnis für unfrer Arbeitslosen Platz greifen, auch dadurch, daß die Lehrlingskata nicht voll ausgenüht wird. Sodann wurde Stellung zur Malleier genommen. Unter „Verdienenem“ legte der bisherige Vorsitzende und Kassierer sein Amt nieder. Zur Führung der Ortsvereinsgeschäfte wurde als Vorsitzender der Kollege Karl Karbaum und als Kassierer Kurt Wondol gewählt. Zur Neuaufnahme meldete sich ein Neuausgelernter. Arbeitslose am Orte gibt es vier, diese Zahl wird sich jedenfalls noch erhöhen. Weiter wurde eine Eingabe an den Magistrat gelangt mit folgendem Inhalte: „Die ungebührliche Arbeitslosigkeit zwingt die hier am Orte beschäftigten Buchdruckerbetriebe, mit dem Ersuchen an den Magistrat heranzutreten, alle in Frage kommenden Druckarbeiten an alle Firmen hier am Orte zur Verteilung zu bringen. Gewünscht wird, daß die in Frage kommenden Arbeiter wechselseitig vergeben werden, so daß es möglich ist, daß jede hier am Orte befindliche Druckerei mit diesen Arbeiten betraut wird. Hierdurch soll erreicht werden, daß die hier am Orte arbeitslos liegenden Buchdrucker oder Arbeitslosenfinden. Wir erwarten, daß alle künftigen Druckarbeiten hier am Orte hergestellt werden. Es wird vermutet, daß ein Teil derselben von auswärtigen Firmen bezogen wird. Wir wünschen, daß auch solche Druckaufträge, die nicht sofort benötigt werden, schon jetzt in Auftrag gegeben werden. Eine Berücksichtigung dieser Eingabe wird erwartet.“

**he.-Schweidtz a. M. (Vierteljahrsbericht.)** Im verflochtenen Vierteljahr fanden drei Versammlungen statt, die stets zahlreich besucht waren. In der Generalversammlung vom 6. Januar konnte der Vorsitzende die meisten aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen begrüßen und gedachte ehrend der Gefallenen. Aus der Neuwahl gingen die Kollegen Joseph Brunn als Vorsitzender und Heinrich Müller als Kassierer hervor. — In der Monatsversammlung vom 22. Februar wurde hauptsächlich das Gebahren der Firma Franz Claßen gerügt, die vier Lehrlinge ohne jeglichen Gehilfen beschäftigt, und werden erner alle Schritte unternommen zur Beilegung dieser ungelunden Verhältnisse. — Der Quartalsversammlung vom 5. April lag eine umfangreiche Tagesordnung zugrunde. Der Kassierer S. Müller erstattete den Quartalskassenbericht in eingehender Weise. Kollege Müller richtete einen kurzen Appell an die Anwesenden im Interesse der Fortbildungsbestrebungen und forderte zum Anschluß an den Graphischen Klub auf. Auch wurde ein Beschluß gefaßt, in diesem Jahre den Gedenktag unfres Altmeisters Gutenberg in würdiger Weise zu begehen. Lebhaft beauftragt wurde über den Punkt „Arbeiterauschüsse“. Die Urlaubsfrage kam auch zur Diskussion, es soll hierzu mit den Druckereimitrnen Fühlung genommen werden. Die Firma Heinrich Weppert hat bereits namhafte Urlaubstage für die dort beschäftigten Kollegen zugelegt. Am Orte sind zur Zeit 33 Verbandsmitglieder: im Berufe 26, konditionlos 2, anderweitig beschäftigt 5, gefallen 3, vermisst 2.

**Stendal (Vierteljahrsbericht.)** Der hiesige Ortsverein hielt eine General- und eine Monatsversammlung ab. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Gustf wieder- und für den Kollegen Kleinländer, der mit kurzer Unterbrechung den Kassiererposten über 30 Jahre innehatte. Kollege Jung neugewählt. Die Mitgliederzahl ist von 25 im Anfang Dezember auf 60 gestiegen, so daß sie jetzt die Höchstzahl von 1914 (58) übersteigt. Die letzte Feuerungszulage wurde von den hiesigen Prinzipalen unter Protest gefaßt. Der Verinslokal wurde vom „Goldenen Stern“ nach dem „Stendaler Hof“ verlegt; eine Bezirksversammlung hätte sich dort überhaupt nicht abhalten lassen, denn auch unfrer Bezirk hat sich durch die Neugründung des Salzweideler Ortsvereins mit 25 Mitgliedern (vor dem Kriege stand in Salzweidel überhaupt kein Verbandsmitglied) vergrößert. Für Familienunterstützung wurden in den vier Kriegsjahren 1009 Mk. einschließlich Zuschuß aus Verbands- und Gaukasse durch die Ortsvereinskasse verausgabt. In der letzten Versammlung wurde beschlossen, sich nicht an einem hier eventuell nach hier ausbreitenden Generalstreik zu beteiligen oder nur der Gewalt von den Arbeitsplätzen zu weichen. Die technischen Vereinigungen werden eine regere Tätigkeit entfalten, ebenso wird der Gesangsverein „Gutenberg“ seine Abendsstunden wieder beginnen. Erwünscht sei noch die Gründung eines sozialdemokratischen Blattes „Allmäcker Volksfreund“.

**Sch. Stutgart. (Maschinenlehre.)** In der Versammlung der Stuttgarter Spezialkollegen am 12. April wurden neben inneren Vereinsangelegenheiten besonders die Frage der Abschaffung der Nacharbeit und die Ferienfrage lebhaft diskutiert. Zu der Generalversammlung des Maschinenlehrevereins Württemberg am Ostermontag hatten sich aus den Provinzen etwa 35 und aus Stuttgart 60 Kollegen eingeladen. Vorsitzender Egenberger gedachte in seinem Jahresberichte der elf Toten (durch den Krieg neun). Dem Wählertrüge sind im ganzen 26 Mitglieder zum Opfer gefallen, während noch drei vermist werden. Am 31. Dezember 1918 zählte der Maschinenlehreverein für den Gau Württemberg 218 Mitglieder. Die Klassenverhältnisse sind durchaus befriedigend. Die Vorstandswahlen gingen glatt vonstatten. Vorsitzender ist Kollege Schröder, Kassierer Hagenbach. Auch in der Generalversammlung wurde lebhaft der Abschaffung der Nacharbeit, zum mindesten aber einer bedeutenden Herabsetzung der Arbeitszeit und verbesserter Entlohnung das Wort geredet. Von der bevorstehenden Tarifauschubführung erwartet die Versammlung neben einer den Verhältnissen entsprechenden Erhöhung der Feuerungszulagen auch dringend die Verkürzung der Arbeitszeit und tarifliche Festsetzung der Ferien. — Am Nachmittage fand im „Gewerkschafts-Schau“ eine schönverlaufene Familienfeier statt, während am Ostermontage vormittags zwei Demonstrationen stattfanden, in der hiesigen Fachschule am U-B-Strasengraben vom Kollegen Heim und in der „Württembergischen Zeitung“ an der Linotype vom Kollegen Heim, abgehalten wurden.

**Lt. Ulm-Neuulm.** Eine gutbesuchte Monatsversammlung fand am 12. April statt. Zu derselben waren die Neuausgelernten vollständig erschienen, um mit den Rechten und Pflichten des Verbandes dieselben vertraut zu machen. Alle acht Kollegen sowie ein älterer wurden zur Aufnahme empfohlen. Die Mitgliederzahl hat wieder die Friedensstärke (100) erreicht. Dem vorgelegten Kartellbericht, der die Einmütigkeit und die Stellung der vereinigten Gewerkschaften gegen den geplanten Generalstreik erkennen ließ, folgte nochmals die Ferienfrage. Der Ausschub wurde beauftragt, an die Buchdruckerinnung eine Eingabe ergehen zu lassen, in der um Erweiterung der bisherigen Ferien nachgehakt werden soll. Eine ausgiebige Diskussion über das Gebahren einer hiesigen Firma in bezug auf Behandlung des Personals bildete den Schluß der Versammlung.

**Waldenburg i. Schl. (Vierteljahrsbericht.)** In der am 2. März stattgehabten Versammlung, an der auch Kollegen aus Friedland, Gollersberg und Wülstegiersdorf teilnahmen, wurde der verstorbenen Kollegen Kärl (Breslau) und Schärer (Neurode) gedacht und die Berichte über Orts- und Bezirkskassen für das letzte Vierteljahr 1918 bekanntgegeben; erstere hat 132,42 Mk. und letztere 2610,44 Mk. Bestand. Gauvorsitzer Fiedler erstattete sodann Bericht über die letzten Verhandlungen im Tarifauschub und der Kartelldelegierte über die letzten beiden Sitzungen des Gewerkschaftskartells. Beschlossen wurde, die Gelangsfrage wieder ins Leben zu rufen. Von der Abhaltung einer Bezirksversammlung wurde wegen der noch bestehenden Verkehrserschwerungen Abstand genommen. Der Mitgliederstand hat sich von Ende September bis Jahreschluss 1918 im Bezirke von 130 auf 208 und im Ortsvereine von 39 auf 55 erhöht. Um Familienunterstützung wurden vom Bezirke während des Krieges 20000 Mk. ausgegabt. Auch in der am 29. März abgehaltenen Versammlung, zu der wiederum die Gollersberger Kollegen erschienen waren, wurde das Andenken dreier verstorbenen Bezirkskollegen und des früheren langjährigen Dirigenten der Gelangsfrage, Lehrer Kramer, geehrt. Die ungenügende Belieferung mit Lebensmitteln veranlaßte die Versammlung zur Annahme einer Entschliebung, in der das Gewerkschaftskartell aufgefordert wird, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um in derselben die Verteilung der zu erwartenden Auslandsleistungsmittel an alle Erwerbstätigen, nicht nur an Schwer- und Schwerstarbeiter, zu fordern. Ferner gelangte nach einer regen Aussprache eine für die Tarifauschubführung bestimmte Entschliebung zur einstimmigen Annahme.

**Weißheim (Oberbayern).** Die am 13. April daber stattgehabte Bezirksversammlung der Druckorte Wiesen, Garmilch-Partenkirchen, Landsberg a. L., Murnau, Schongau, Starnberg und Weißheim hatte trotz der drei Tage vorher eingetretenen teilweisen Jugeinstellungen einen guten Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken der Kollegen Döblin, Dreier und Rankowshy (Weißheim). Unser Gauvorsitzer Hemmerich (München) referierte sodann über „Die derzeitige politische und wirtschaftliche Lage, der Verband der Deutschen Buchdrucker und die Tarifgemeinschaft“, was ungeteilten Beifall fand. In der Aussprache über die tariflichen Verhältnisse in den einzelnen Orten konnte festgestellt werden, daß besondere Klagen nicht vorliegen. Es wurde beschlossen, das diesjährige Johannistfest in Diefen a. V. abzuhalten. Unter Dankesworten an den Referenten wurde die einmütig verabschiedete Versammlung geschlossen.

**Werdau.** In der starkbesuchten Versammlung am 27. April, der auf Einladung auch zahlreiche Kollegen aus Strimwillkau bewohnten, hielt Bezirksvorsitzer Krasser (Zwickau) ein Referat über „Revolution und Sozialisierung“, das den Dank und Beifall der Versammelten fand. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde Stellung zur nächsten Tarifauschubführung genommen. In einer einstimmig angenommenen Resolution kamen die Wünsche der Kollegen zum Ausdruck. Die Versammelten erachteten eine abermalige Feuerungszulage in Höhe von 33 $\frac{1}{2}$  Proz. als das Mindeste, was gewährt werden muß, um nur ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen zu können.

Weiter wurde eine Entschubungszulage von 300 Mk. gefordert. Für unbedingt notwendig wird die Gewährung von Ferien erachtet. Nachdem noch die Frage der Feier des 50-jährigen Bestehens des Gaus Erzgebirge-Vogtland erledigt gefunden, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Wittenberg. 22. 12. April** fand unfrer fällige, gutbesuchte Monatsversammlung statt. Sämtliche am Orte Ausgereimte hatten sich zur Aufnahme gemeldet. Der Schriftführerposten wurde neu befaßt. Über die schon bekannte Firma Walfrid wurde seitens der Kollegen und auch seitens des Prüfungsausschusses in Torgau lebhafter Beschwerde geführt, da die Firma ihren Ausgereimten bei der Ausübung ihrer Gehilfenprüfung Schwierigkeiten gemacht hat. In Hinblick auf die bevorstehende Tarifauschubführung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 12. April 1919 abgefaßt verammelten Kollegen des Ortsvereins Wittenberg nehmen Kenntnis von der Bekanntmachung des Tarifauschusses und beauftragen ihren Vertreter im Tarifamt, sich für eine weitere Erhöhung der Feuerungszulagen einzusetzen, da die jetzigen Feuerungszulagen nicht mehr ausreichend sind und die jetzigen Löhne kaum zur Lebensführung ausreichen und die Kollegen an Neuanstellungen usw. nicht denken können. Ebenfalls in der Ferienfrage erwarten die Kollegen mit Bestimmtheit weitgehende Zugeständnisse.“ Nach Regelung einiger örtlicher Angelegenheiten machten unfrer beiden im Stadtparlament sitzenden Kollegen noch einige Ausführungen über die hier besonders irab auftretende Wohnungsnot, Steuerfragen usw. In ziemlich vorgedrückter Stunde wurde die sehr unterhaltende und anregende Versammlung geschlossen.

**Würzburg.** Eine außerordentliche Generalversammlung am 5. März beschäftigte sich in der Hauptsache mit Geldeinstellungen und örtlichen Angelegenheiten; sie war sehr gut besucht. — Die für 7. April festgelegte Mitgliederversammlung fand der politischen Wirren wegen (aufgezwungener Empathiefreit für die Räterepublik und Belagerungszustand) erst am 19. April statt. War Sonnabend vor Ostern kein geeigneter Tag — die Versammlung durfte der Dringlichkeit halber keinen weiteren Aufschub erfahren —, so konnte trotzdem der Besuch kein schlechter genannt werden. Vier Neuaufnahmen wurden befohrwortet. Unter „Mitteilungen“ des Vorstandes gab Kollege Schumacher davon Kenntnis, daß der Buch- und Steindruckerbetriebeverband wieder ins Leben gerufen wurde; seine Neuaufnahme an die Kollegen galt der Unterstüßung dieses neuerstandenen Ortsvereins. Die Verlagsdruckeri Würzburg, G. m. b. H. (vorm. Köhl & Heider) kündigte an die Verbandskollegen Paul Braun und Wilhelm Riegel über. Außerdem wurde mitgeteilt, daß die Universitätsdruckeri H. Stürb, L. G., Würzburg nunmehr Ferien eingeleitet hat, und zwar 3 Tage für mehr- bis zehnjährige Weidwitsbefähigung und 6 Tage für mehr- als zehnjährige. Bei Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse ist ein Ausbau der erstmalig eingeleiteten Ferien in Aussicht gestellt. Den Kartellbericht gab Kollege Ranninger; es ist daraus zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaftler erfreulicherweise stetig wächst, so daß bereits das fünfte Tausend überschritten sein dürfte. Die Versammlung beschloß noch, das zehn-jährige Stillsitzfest der Syngraphischen Gesellschaft mit dem Johannistfest der Mitgliederzahl Würzburg zu einem Feste zu verbinden, wie es die Kollegen zu Friedenszeiten zu feiern pflegten. Aus einem Berichte des Kollegen Engel über die Lehrlingsstatistik war zu entnehmen, daß 206 Geher- und 58 Druckergehilfen 48 und 24 Lehrlinge gegenüberstehen; es ist somit die Lehrlingskata in den hiesigen Druckereien nicht nur voll ausgenüht, sondern auch zum Teil überschritten, weshalb in diesem Jahre Lehrlingseinstellungen nicht stattfinden dürfen.

**Zwickau.** Die starkbesuchte Versammlung am 26. April formulierte nach in zunehmendem Sinne geballener, lebhafter Aussprache, die treffend die irrige Behauptung der Prinzipale widerlegte, wonach Forderungen erst künstlich gezogen werden, folgende Anträge zur Tarifauschubführung: 1. Mitbestimmungsrecht bei Ausbildung von Lehrlingen. 2. Verbot von Lehrlingen in reinen Setzungsbetrieben. 3. Regelung der Ferien in folgender Weise: Nach ein bis drei Jahren sechs Tage, drei bis sechs Jahren neun Tage, sechs bis zehn Jahren zwölf Tage, über zehn Jahren achtzehn Tage. 4. Einbeziehung der Lehrlinge in die Ferien. 5. Generelle Arbeitszeitverkürzung zwecks Unterbringung der Arbeitslosen. 6. Erhöhung des jetzigen Lohnes einschließlich Feuerungszulage um mindestens 50 Proz. 7. Gewährung einer Entschubungszulage in Höhe des drei- bis fünffachen Wochenlohns. 8. Festsetzung eines Lokaltarifs für Kirchberg in Höhe von 5 Proz. Die Versammlung ehrte ferner das Gedächtnis des verstorbenen, in den hiesigen Arbeiterkreisen wohlbekannten und verdienten Kollegen Ernst Lindner und nahm wiederum einige Neuausgelernte in den Verband auf.

### Verschiedene Eingänge

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. Heft 4. 37. Jahrgang, 1919. Bezugspreis halbjährlich in Deutschland 4,75 Mk. (4,25 Fr.). Das Heft enthält einen beachtenswerten Aufsatz „Zur Umgestaltung einfrer Druckereien“, dessen Wert durch den Abdruck einer Anzahl praktischer Beispiele wesentlich erhöht wird. Arbeiten aus der Buchdruckerfachschule Basel, Interartikulare aus der neuen Schreibmaschine der Buchdruckerei Jollhofer & Co. sowie technische Artikel machen das vorliegende Heft sehr empfehlenswert. Zu beziehen durch den Buchhandel von W. Schneider & Co. (Nachfolger von U. Stürdener-Gangler), El. Gallen, El. Leonhardstraße 6.  
„Ein sozialistisches Aktionsprogramm.“ Von Bruno Buchardt. Preis 10 Pf. Verlag E. Heilmann & Co., Berlin NO 43, Königs-straße 39.  
„Erziehung zum Sozialismus.“ Ein Manifest. Von Otto Rühle. Verlag „Gesellschaft und Erziehung“ G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstraße 9.